

Von: [Perriard Barbara BK](#)
An: [Thurnherr Walter BK](#); [Simonazzi André BK](#); [Lenzin René BK](#); [Eggenberger Ursula BK](#)
Cc: [BK Politische Rechte](#); [Galliker Rahel BK](#)
Betreff: Aktennotiz pb/jf zum Treffen mit Google vom 2. Mai 2019
Datum: Freitag, 3. Mai 2019 11:40:03

Ihr Lieben

Gerne übermittle ich Euch eine kurze Aktennotiz zu unserem gestrigen Treffen mit Google in Zürich – gerne würden wir die Idee eines zweiten Briefings mit den Parteien (allenfalls unter Beizug weiterer Bundesstellen) weiter verfolgen. Spricht aus Sicht Kommunikation etwas dagegen?

Treffen der Sektion Politische Rechte mit Google vom 2. Mai 2019, 10h00 bis 12h15 in Zürich

Teilnehmende:

Anton Aschwanden (AT), Head of Government Affairs & Public Policy, Schweiz und Österreich, Google
Barbara Perriard (pb), SPR/BK
Julien Fiechter (jf), SPR/BK

Ausgangslage und Ziel: Informationsaustausch auf Wunsch BK mit Blick auf die Nationalratswahlen 2019

AT stellt pb und jf die laufenden Projekte und Massnahmen im Bereich online security (konkrete Tools und Projekte für besonders gefährdete Nutzer wie etwa Parteien, Kandidierende), digital and media literacy (u.a. Medienunterstützung, Projekt mit Pro Juventute), fighting disinformation/election-interference ([Whitepaper "How Google fights Disinformation"](#), [Google's January Report on the Implementation of the EU Code of Practice](#), Workshops, Transparenzbestimmung etc.) vor.

- Für die SPR/BK ist es wichtig, mit Blick auf die NRW 19 auf Seiten der Intermediäre Google und Facebook einen Ansprechpartner zu haben. Es wird vereinbart, dass AT der Ansprechpartner für die SPR/BK für die kommenden Monate ist. Ein Kontakt auf Stufe Bundeskanzler (analog zu Facebook) ist in Vorbereitung (23. Mai 2019).
- Diskussionspunkt ist im Folgenden insbesondere die Erfahrungen von Google mit dem laufenden Roll-out der Selbstregulierung für transparente politische Werbung (Add-Transparency-Tools). Die Selbstregulierung, wie sie auch im Code of Practice der EU-Kommission mit Blick auf die EU-Wahlen vorgesehen ist, erfolgt im Falle von Google auf der Basis eines vierstufigen Prozesses. Dazu gehören namentlich die Pflicht zur Registrierung (Stufe 1), ein Legitimationsnachweis (Partei, Staatsbürgerschaft etc.) (Stufe 2), Nachvollziehbarkeit (Stufe 3) und Archivierung (Stufe 4). Beim Roll-out zeigt sich, dass der Prozess in der Praxis zu Schwierigkeiten für kandidierende Gruppierungen führen kann und Kampagnenaktivitäten aufgrund der Stufen 1 und 2 in gewissen Fällen verzögert oder gar verhindert werden. Teilweise sieht sich Google mit dem Vorwurf der Zensur politischer Kampagnen konfrontiert. Derzeit ist das Add-Transparency-Tool für die Schweiz mit Blick auf die Nationalratswahlen nicht vorgesehen. In der Diskussion zeigt sich, dass das

Tool in seiner aktuellen Form nicht oder nur bedingt für den Einsatz in der Schweiz geeignet wäre; die «Eintrittshürde» für kampagnenführende Organisationen im Schweizer Kontext wohl zu hoch. Je nach Ausgestaltung könnte lediglich ein kleiner Teil aus der Vielzahl von kandidierenden Gruppierungen für die NRW überhaupt digitale Kampagnen schalten. Im Bereich von Volksabstimmungen drohen ad hoc Gruppen quasi von Kampagnen im digitalen Raum ausgeschlossen zu werden. Aus Sicht der politischen Rechte scheint ein Einsatz in dieser Form wenig tauglich zu sein. Denkbar wäre eher eine Selbstregulierung, wie sie für Anzeigen im Bereich der Printmedien und Plakate besteht. Die Erfahrungen der EU-Wahlen sind zu analysieren. → die SPR/BK wäre interessiert an einem diesbezüglichen Debriefing nach den EU-Wahlen.

Die Daten des Add-Transparency-Tools für die EU-Wahlen sind seit dem 02.05.2019 online: <https://transparencyreport.google.com/political-ads/region/EU>

- Mit Interesse nimmt die SPR/BK von den positiven Erfahrungen eines Workshops zum Thema «Die Europawahl 2019 – Transparenz & Sicherheit im Netz fördern» Kenntnis, den Google gemeinsam mit Facebook und der Stiftung Neue Verantwortung für Abgeordnete des österreichischen und Europäischen Parlaments und deren Staffers durchgeführt hat. Die SPR/BK nimmt die Idee auf und prüft in Anknüpfung an das bereits erfolgte Briefing der im Parlament vertretenen Parteien sowie des Wahl- und Abstimmungsleitertreffens mit den Kantonen einen analogen Workshop im Juni 2019 unter FF SPR/BK. Denkbar wäre auch eine Einbezug von weiteren interessierten Bundesstellen (bspw. analog KGSiPlus) → AT prüft mit Facebook die Verfügbarkeit / SPR/BK prüft Organisation.
- Es wird die Frage des Zugangs der Wissenschaft zu Daten der Intermediäre thematisiert. Im Falle der Add-Transparency-Kampagne stehen gewisse Daten zum Download bereit. AT weist darauf hin, dass es ein gewisses Spannungsfeld gibt zwischen Datenschutz einerseits und dem geforderten Zugang zu Daten andererseits gibt.
- Google erklärt sich bereit, die BK beim geplanten awariness/digital literacy - Leitfaden ch.ch mit Know How zu unterstützen. Denkbar wäre auch eine Verlinkung zum Pro Juventute Projekt zur Förderung der Medienkompetenz (<https://www.projuventute.ch/Medienkompetenz.2092.0.html>)
- Knowledge Panel Abstimmungsergebnisse: thematisiert wird schliesslich die Möglichkeit, dass die Google-Suche qua «Knowledge Panel» gezielt auf z.B. die Abstimmungsergebnisse auf der Webseite der BK/BFS verweist → AT klärt ab

Weiteres Vorgehen: die Teilnehmenden datieren sich regelmässig über Entwicklungen auf. Die Frage eines möglichen Workshops im Juni 19 ist nach Möglichkeit bis 10. Mai 19 zwischen den Beteiligten zu klären.

Herzlich

Barbara Perriard
Leiterin Sektion Politische Rechte

Bundeskanzlei
Sektion Politische Rechte

Bundeshaus West, 3003 Bern
Tel. +41 58 465 17 42
Fax +41 58 462 38 95
barbara.perriard@bk.admin.ch
www.bk.admin.ch